

4. Staatsgewalt

Naturschutz und Staatsapparat

Um Naturschutz wirksam umzusetzen, braucht es nicht nur Ordnungspolitik in Form von Regeln, Gesetzen und Verboten, sondern auch die Durchsetzung der Staatsgewalt, also den staatlichen Repressionsapparat. Diesem Leitsatz würden wohl die meisten Naturschützer:innen zustimmen, zumindest diejenigen, die sich nicht ohnehin einem staatskritischen, primitivistischen oder anarchistischem Spektrum zugehörig fühlen.¹ Für Verfechter:innen einer radikalen Staatskritik in der Tradition des Anarchisten Michail Bakunin² sind Polizei und Militär nichts anderes als Instrumente staatlicher Unterdrückung. Im Mainstream politischer Theorie bedarf es hingegen eines Sanktionsmechanismus, um Gesetze notfalls mit Gewalt geltend zu machen. Staatsgewalt bedeutet dementsprechend sowohl Staatsmacht als auch den Einsatz von physischer Gewalt mit dem Ziel der Erhaltung öffentlicher Ordnung.

Schon für Max Weber war, wie im ersten Kapitel zitiert, das legitime Gewaltmonopol eine bestimmende Eigenschaft des Staates. Thomas Hobbes sah die staatliche Gewalt des Leviathans als Notwendigkeit, um eine schlimmere, da ausufernde Gewalt einzuhegen. Und auch Foucault sah die Gewalttätigkeit der Herrschaft als Demonstration einer frühen souveränen Staatlichkeit, bis diese durch disziplinierende und biopolitische Prinzipien abgelöst wurde. In modernen Staaten, die sich rechtsstaatlichen Grundsätzen verschrieben haben,

1 Hier wäre an tiefenökologische Gruppen wie *Earth First!* oder die *Earth Liberation Front* zu denken, an die mit der internationalen Organisation nicht assoziierte Gruppe *London Greenpeace*, an das anarcho-primitivistische Spektrum, wie es etwa durch John Zerzan vertreten wird, oder auch an antispeziesistische Anarchist:innen. Diese zahlenmäßig eher kleinen Gruppen sind radikale Erscheinungen im Spektrum der Naturschutzbewegung.

2 Vgl. Bakunin, *Staatlichkeit und Anarchie*.

wird die Staatsgewalt von hoheitlichen Organen wie der Polizei verkörpert. Dieses entspricht den von Locke formulierten Prinzipien der Gewaltenteilung. Inwiefern nun stehen Staatsgewalt und Naturschutz in Zusammenhang?

Wie bereits oben erörtert, ist Naturschutz ein eher junges Politikfeld. Es speiste sich in seiner Entstehung aus drei Momenten: einem romantischen Naturverständnis, einer Verwissenschaftlichung der Naturbeobachtung und schließlich der Sorge, die Schönheit der Natur könnte in Folge von modernen Entwicklungstendenzen und Degradationsprozessen verschwinden. Die Institutionalisierung der Naturschutzpolitik hat in unterschiedlichen Ländern verschiedene Pfade genommen, und das gilt eben auch für die Durchsetzung der Naturschutzpolitik im Rahmen von Polizeimaßnahmen und Sanktionen. Konkret gab es oft ein Hin und Her zwischen Polizei und Forstverwaltung als Durchsetzungsbehörden des Naturschutzes.

Naturschutz wurde etwa im Land Preußen als Teil des Deutschen Reiches als Naturdenkmalpflege dem Kultusministerium zugeordnet, der Vollzug war Angelegenheit der Polizeibehörden. 1935 wurde im nationalsozialistischen Deutschen Reich der Naturschutz Aufgabe der Forstbehörde, dem Reichsforstamt von Herrmann Göring.³ Heute obliegt der Naturschutz formell dem Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Vollzug aber ist in der Regel Ländersache und dort in den Umweltministerien angesiedelt. Umweltstraftaten werden von den Polizeibehörden verfolgt, wenn sie zur Anzeige gebracht werden.⁴

In Frankreich ist das 2020 entstandene Büro für Biodiversität (*Office Français de la Biodiversité*, OFB) mit Sitz in Vincennes für den Artenschutz zuständig. Die Behörde unterliegt der gemeinsamen Aufsicht von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium. Die Inspektor:innen des OFB haben Befugnisse, in Fällen von relevanten Straftaten wie etwa Wilderei und illegalem Wildtierhandel zu ermitteln. Darüber hinaus gibt es verschiedene andere Behörden und Agenturen, die für umweltpolizeiliche Aufgaben verantwortlich sind, wie auch die Forstbehörde und die Ranger der Nationalparks sowie die allgemeinen Polizeibehörden.⁵

In Tansania gibt es verschiedene Rangerdienste: Die *Tanzania National Parks Authority* (TANAPA) und die *Tanzania Wildlife Authority* (TAWA). In Sri Lanka verantwortet das Department of Wildlife Conservation (DWC) den

3 Hubo und Krott, »Naturschutz(politik)«.

4 Bundesamt für Naturschutz, »Zuständige Behörden«.

5 OFB, »Police de l'environnement«.

Schutz und das Management von Wildtieren, wie im vorigen Kapitel beschrieben. Den Indischen Forstdienst IFS stelle ich im nächsten Kapitel vor.

In diesem Kapitel werden zunächst Wildtierkriminalität und Jagdwilderei als Phänomene beschrieben, dann wird der militarisierte Naturschutz untersucht und die Frage aufgeworfen, inwiefern es sich um ein afrikanisches Phänomen handelt. Im Anschluss geht es um Naturschutzkonflikte und einen aktuellen Fall von Konflikten um Naturschutzgebiete in Loliondo im Norden Tansanias.

Jagdwilderei und Wildtierkriminalität

Bundesweites Aufsehen erregte die Ermordung von zwei Polizist:innen am 31. Januar 2022 in Kusel in der Westpfalz. Bei einer Routinekontrolle am frühen Morgen eröffnete der Fahrer eines Kastenwagens das Feuer und tötete einen Polizeioberkommissar und eine Polizeikommissaranwärtlerin. Kurz darauf wurden der Täter und sein Komplize festgenommen. In ihrem Kraftfahrzeug wurden 22 gerade erlegte Rehe und Hirsche gefunden. Der Täter war ein Jagdwilderer, der die Tiere illegal schoss und zu Geld machte. Er wurde zu lebenslänglicher Haft bei Feststellung der besonderen Schwere der Schuld verurteilt, während sein Mitangeklagter freigesprochen wurde. Obwohl der Fall außergewöhnlich ist, gibt es Parallelen zu anderen Straftaten. Im Oktober 1991 brachte ein wegen Wilderei vorbestrafter Mann im Solling im niedersächsischen Landkreis Holzminden zwei Polizisten um und ließ mit Hilfe seines Bruders die Leichen verschwinden. Es handelte sich um einen Racheakt an Behördenvertretern, nachdem dem Haupttäter zuvor der Jagdschein entzogen worden war und er wegen Wilderei eine Haftstrafe verbüßen musste.⁶ Ein ähnlicher Fall ist aus Frankreich bekannt: Im Department Var in der französischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur wurden im Januar 1996 zwei Vertreter der Vorgängerbehörde des OFB von einem Wilderer erschossen. Sie hatten die illegale Jagd auf Singvögel kontrolliert.⁷

Es sind hier im europäischen Kontext ungewöhnliche, vergleichsweise krasse Fälle, bei denen Vertreter:innen von Polizei oder Naturschutz in tödli-

6 Kleihauer, »Vom Wilderer zum Mörder«; Süddeutsche Zeitung, »Lebenslange Haft für Polizistenmörder von Kusel«.

7 Zamari, »Il y a 30 ans, deux gardes nationaux étaient tués par un braconnier entre Aigüines et Bauduen pour quelques grives«.

che Konflikte mit Wilderern gerieten. Verstöße gegen den Naturschutz und das Jagdrecht sind hingegen deutlich verbreiteter. Übergeordnet sprechen Naturschutzorganisationen wie WWF Deutschland von Wildtierkriminalität, ein Begriff, der nicht deckungsgleich ist mit dem englischen Terminus *wildlife crime*, da dieser jegliche illegale Aktivitäten in Bezug auf alle wild vorkommenden Lebewesen einschließt, auch Pflanzen, die bei Wildtierkriminalität offensichtlich nicht mitgemeint sind. Einer Definition zufolge sei *wildlife crime* »(...) the illegal taking, trading, exploiting, possessing, or killing of animals or plants in contravention of national or international laws«⁸, also illegale Entnahme, Handel, Ausbeutung, Besitz, oder Tötung bzw. Vernichtung von Tieren und Pflanzen in Verletzung nationaler und internationaler Gesetzgebung.

Wildtierkriminalität betrifft verschiedene Phänomene wie Jagdwilderei, also das Jagen ohne adäquate Genehmigung, aber auch illegalen Handel mit Wildtierprodukten und lebenden Exemplaren. WWF Deutschland beklagt, dass diese Art der Kriminalität weitgehend im Verborgenen stattfindet, das ganze Ausmaß sei unbekannt.⁹ Ein deutsch-österreichisches Forschungsprojekt unter Beteiligung von WWF Deutschland baut eine Falldatenbank auf, bei dem Wildtierkriminalität in beiden Ländern erfasst werden soll.¹⁰ In erster Linie handelt es sich hier um illegale Tötungen der geschützten Arten Wolf und Luchs, von Raubvögeln wie Rotmilan, Habicht, Wanderfalke oder Uhu. Vereinzelt wurden auch Biber und Wisent geschossen. Bei dieser Art der Wildtierkriminalität handelt es sich wohl eher um Formen der Mensch-Wildtier-Konflikte, wie sie im vorherigen Kapitel beschrieben sind. Die entsprechenden Arten werden getötet, weil sie den Täter:innen als Schädlinge gelten, zuweilen mag es auch dem Ehrgeiz geschuldet sein, ein seltenes Tier zu erlegen. Kommerzielle Jagdwilderei hingegen dürfte in den genannten Fällen eher eine untergeordnete Rolle spielen. Auf internationaler Ebene sieht das hingegen ganz anders aus: Einem aktuellen Bericht des Büros für Drogen und Kriminalität der Vereinten Nationen (*United Nations Office on Drugs and Crime*, UNODC) zufolge sind 4.000 Spezies von illegalem Handel mit wilden Arten betroffen, oft sind es bedrohte Arten. Der illegale Handel umfasst sowohl lebende exotische Tiere und Pflanzen als auch Trophäen, Horn

8 Kurland u. a., »Wildlife crime«.

9 WWF Deutschland, »Wildtierkriminalität in Deutschland«.

10 WWF Deutschland, »Wildlifecrime.info«.

und Elfenbein, Holz, Nahrungs- und Medizinprodukte. Bei den Wildtierprodukten führen Produkte von Nashörnern (*Rhinocerotidae*), Schuppentieren (*Manidae*) und Elefanten aller drei Arten die Statistik an, bei Pflanzen sind es tropische Hölzer wie Palisander (*Dalbergia*), aber auch Zedern (*Cedrus*) oder Mahagoni (*Meliaceae*). Dieses ergibt sich aus Beschlagnahmungen.¹¹ Lebende Tiere, die gesetzeswidrig gehandelt werden, umfassen eine Bandbreite von Großkatzen (*Pantherinae*) über Reptilien und Amphibien bis hin zu exotischen Vögeln; es gibt spezifische Nischenmärkte und Abnehmer:innen für die jeweiligen Tierarten. Dabei besteht ein hohes Risiko, dass illegal verschifft Tiere Handelswege nicht überleben, da sie unsachgemäß behandelt werden. Demgegenüber steht der hohe Profit und das relativ niedrige Risiko, das mit diesem Geschäftsmodell einhergeht.¹²

Weitverbreitete Korruption und organisierte Kriminalität leisten dem Schmuggel mit den genannten Produkten und Arten Vorschub. Klar ist, dass der Handel großen Schaden anrichtet, weniger klar ist, wie es gelingen kann, die Nachfrage nach den illegalen Waren einzudämmen. Im Zuge der Covid-19-Pandemie sind die sogenannten *wet markets* in Asien, auf denen Wildtiere gehandelt werden, in die öffentliche Debatte geraten, da auf einem solchen Markt im chinesischen Wuhan der Ursprung des Corona-Virus vermutet wurde.¹³ Aus der politischen Ökologie wird die mantraartige Beschworung des asiatischen Marktes als wesentlicher Treiber des illegalen Wildtierhandels kritisiert. Die negativen Darstellungen von asiatischen Konsument:innen basiere auf gefährlichen rassistischen Stereotypen. Dementsprechend seien Kampagnen, die auf die Reduktion der dortigen Nachfrage beruhen, wirkungslos, solange sie nicht kulturell sensible Töne einschlagen.¹⁴

Noch ein Punkt ist wichtig, da er die Motivation für die weitere Erörterung von militarisiertem Naturschutz liefert: Nämlich die Beteiligung der organisierten Kriminalität am illegalen Wildtierhandel. Die britische Politikwissenschaftlerin Rosaleen Duffy von der Universität Manchester beobachtet mit Kolleg:innen zusammen die Überlappung zwischen zwei Diskursen: Zwischen dem Diskurs um Naturschutz und illegalen Handel mit bedrohten Arten und

11 UNODC, *World Wildlife Crime Report 2024*. Nicht miteinbezogen ist der umfangreiche Sektor des illegalen Fischfangs (*illegal, unreported and unregulated fishing*, IUU).

12 Anagnostou und Doberstein, »Illegal wildlife trade and other organised crime«.

13 Lin u. a., »A better classification of wet markets is key to safeguarding human health and biodiversity«.

14 Margulies u. a., »The imaginary ›Asian super consumer‹«.

dem Diskurs um organisiertes Verbrechen und den damit verbundenen Aspekten für die öffentliche Sicherheit.¹⁵ Die Konvergenz zwischen dem illegalen Handel mit seltenen Spezies und anderen Aktivitäten der organisierten Kriminalität ist, nach allem, was bekannt ist, von komplexem Charakter.¹⁶

In ihrem 2022 erschienen Buch »Security and Conservation« kritisiert Duffy die undifferenzierte Gleichsetzung zwischen illegalem Handel mit Wildtieren und seltenen Pflanzen auf der einen Seite und der Schwerkriminalität des organisierten Verbrechens auf der anderen Seite.¹⁷ Die Versicherheitlichung (*securisation*) von Naturschutzfragen führe dazu, dass statt nach politischen nun nach polizeilichen bzw. militärischen Lösungen gesucht werde. So würden Menschen, die sich oft aufgrund von fehlenden Perspektiven für den Lebensunterhalt an Jagdwilderei beteiligten, reflexartig mit organisiertem Verbrechen assoziiert; ein Ansatz, der die wesentlichen Probleme ignoriere. Selbst Verfechter einer robusten Verfolgung von Jagdwilderei mit paramilitärischen Mitteln sehen den begrenzten Erfolg. Komplexe strukturelle sozial-ökonomische Ursachen lassen sich nicht einfach durch den Einsatz bewaffneter Rangereinheiten lösen.¹⁸

Ein extremes, aber nicht randständiges Narrativ ist die Verbindung von Wilderei und Terrorismus.¹⁹ Hier wird der Kampf gegen Wilderei, der mit schweren Waffen geführt wird, mit dem internationalen »Krieg gegen Terror« verknüpft. Natasha White analysiert, wie das Problem der Jagdwilderei auf Elefanten in Afrika diskursiv mit Sicherheitsfragen zusammengebracht wurde. Illegal gewonnenes Elfenbein sei dem Diskurs zufolge eine Finanzierungsquelle von grenzüberschreitend agierenden Terrororganisationen, es bestünde ein Link zwischen Elfenbein, Terrorismus und Verbrechen. So sei die *Lord's Resistance Army* (LRA), eine berüchtigte Miliz mit Operationsraum in Zentralafrika, als wesentlich in Jagdwilderei verwickelte Organisation ausgemacht worden. Dieses entspräche aber nicht den Tatsachen, da die LRA nicht im besonderen Ausmaß an der Jagdwilderei beteiligt gewesen sei.²⁰ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Tom Maguire und Cathy Haenlein bezüglich der

15 Masse u. a., »Conservation and crime convergence?«

16 Moreto und van Uhm, »Nested complex crime«; Anagnostou und Doberstein, »Illegal wildlife trade and other organised crime«.

17 Duffy, *Security and Conservation*.

18 Challender und MacMillan, »Poaching is more than an enforcement problem«.

19 Mukpo, »Links between terrorism and the ivory trade overblown, study says«.

20 White, »The ›white gold of Jihad‹«

Beteiligung der somalischen *al-Shabaab*-Miliz an der illegalen Elefantenjagd. Auch hier sei die Beweislage für eine Verbindung zwischen Terror und Wilderei höchst uneindeutig. »The illusion of a terrorism-ivory trade nexus«²¹, die Illusion einer engen Verknüpfung von Terrorismus und Elfenbeinhandel lenke von den wahren Problemen und möglichen Lösungen ab.

Trotz des bedingten Wahrheitsgehalts der in den Sicherheitsdiskursen verwendeten Argumente sei der Militär-Sicherheits-Naturschutz-Nexus sehr wirkmächtig, so Duffy.²² So sind Militärs und ehemalige Militärs in die Ausbildung von Parkrangern eingebunden, um sie im Kampf gegen die Wilderei zu befähigen; finanziert wird dies von westlichen Staaten, NGOs und privaten Akteuren. Sowohl der Naturschutz als auch die an Wilderei beteiligten Gruppen und Organisationen stehen in einem Prozess der Professionalisierung und Aufrüstung. Dadurch entsteht die Gefahr von »war, by conservation«²³, von Kriegsführung, die durch den Naturschutz legitimiert wird.

Militarisierter Naturschutz – ein afrikanisches Phänomen?

Unter militarisiertem Naturschutz wird der Einsatz von Praktiken, strategischen und taktischen Ansätzen, Organisationsprinzipien, und Ausrüstung des Militärs im Kontext des Naturschutzes verstanden.²⁴ Über dieses Phänomen wird in der Literatur der politischen Ökologie und der kritischen Geografie etwas seit 2014 intensiv geschrieben. Bei einer Vermessung dieser Literatur fällt auf: Ein besonderer Schwerpunkt der Fallstudien sind afrikanische Länder. Genaugenommen sind es zehn Länder, die immer wieder auftauchen und intensiver beforscht werden: Die Demokratische Republik Kongo, Tansania, Kenia und Uganda, Botswana, Mozambique, Zimbabwe und Südafrika, Kamerun und Senegal. Ein Fokus liegt auch auf bekannten Schutzgebieten wie Virunga oder Kruger-Nationalpark.

21 Maguire und Haenlein, *An Illusion of Complicity. Terrorism and the Illegal Ivory Trade in East Africa*, S. ix.

22 Duffy, *Security and Conservation*.

23 Duffy, »War, by Conservation«.

24 Vgl. Duffy u. a. »Why we must question the militarisation of conservation«.

Außerhalb von Afrika sind vor allem Fälle aus Südasien (Indien und Sri Lanka)²⁵, Lateinamerika (Kolumbien und Guatemala)²⁶ sowie Südostasien (Laos)²⁷ betrachtet worden. Dabei wäre näher zu erörtern, ob die Eigenschaften, die militarisierten Naturschutzes ausmachen, hier wirklich immer gegeben sind. Teilweise scheint es sich eher um eine Überlappung zu handeln, bei der Naturschutz in militarisierte Zonen hineinwirkt. Damit werden Naturschutzmaßnahmen und -institutionen von der Logik der allgemeinen Militarisierung dieser Regionen beeinträchtigt und mitgestaltet, ohne dass dieses bedeuten muss, dass Naturschutzorganisationen selbst bewaffnet und militarisiert werden.

Die Tatsache, dass vor allem afrikanische Nationen Schwerpunkt des militarisierten Naturschutzes sind, hängt meiner Auffassung nach stark mit überkommenen Klischees von Afrika zusammen. Dabei ergeben die karikaturhaften Vorstellungen, die in Nachrichten, Dokumentationen, Spielfilmen und politischer Literatur fortgesetzt verbreitet werden, ein paradoxes Bild ab. Zum einen steht da das romantische Bild der unberührten Natur Afrikas, einer teils bedrohlichen, teils paradiesischen Wildnis.²⁸ Zum anderen wird immer wieder ein negatives und blutrünstiges Bild eines »Schwarzen Kontinents« heraufbeschworen: eine Weltregion, gebeutelt von Armut und Hungersnot, von übertragbaren Krankheiten wie AIDS, Malaria und Ebola, von Bürgerkriegen gezeichnet, von Korruption zerfressen.

Als Afro-Pessimismus bezeichnet man die Tendenz, Afrika und seine Menschen vor allem mit negativen Aspekten zu verbinden, mit Armut, Überbevölkerung, Gewalt und Elend. Im Kern dieses Zerrbilds eines vielfältigen Erdteils steht das rassistische Motiv von schwarzen Menschen als primitiv und unzivilisiert.²⁹ Einer der wichtigsten afro-pessimistischen Texte stammt von dem amerikanischen Journalisten Robert Kaplan. *The Coming Anarchy*, 1994 in *The Atlantic Monthly* erschienen, nimmt seinen Ausgangspunkt im krisengeplagten Westafrika, wo er »Krankheiten, Überbevölkerung, ausuferndes Verbrechen, Ressourcenknappheit, Flüchtlingsströme, die zunehmende Auflösung der

25 Dutta, »Forest becomes frontline«; Muralidharan und Rai, »Violent maritime spaces«.

26 Devine, »Counterinsurgency ecotourism in Guatemala's Maya Biosphere Reserve«; Boreajo und Ojeda, »Violence and Conservation«; Ybarra, »Blind passes: and the production of green security through violence on the Guatemalan border«.

27 Dwyer u. a., »The security exception«.

28 Adams und McShane, *The Myth of Wild Africa*.

29 Für die Erklärung der Tiefenstrukturen des anti-schwarzen Rassismus sei auf den Klassiker der post-kolonialen Theorie verwiesen: Fanon, *Black Skin, White Masks*.

Nationalstaaten und internationalen Grenzen und die Machtübernahme von Privatarmeen, Sicherheitsfirmen und internationalen Drogenkartellen« verortet.³⁰

»West Africa is becoming the symbol of worldwide demographic, environmental, and societal stress, in which criminal anarchy emerges as the real »strategic« danger. Disease, overpopulation, unprovoked crime, scarcity of resources, refugee migrations, the increasing erosion of nation-states and international borders, and the empowerment of private armies, security firms, and international drug cartels are now most tellingly demonstrated through a West African prism.«

Staatstheoretisch wird in Zusammenhang mit afrikanischen Staaten immer wieder von Staatsversagen (*state failure*)³¹ oder gar vom Kollaps von Staatlichkeit gesprochen, besonders in Bezug auf Bürgerkriegsländer wie Somalia und dem Sudan. Der Biafra-Krieg (1967–1970) in Nigeria ist vielleicht eines der grundlegenden Ereignisse in der postkolonialen Ära, die das negative Afrikabild des Westens geprägt haben. Der Genozid in Ruanda (1994) und der darauffolgende Erste (1996–1997) und Zweite Kongokrieg (1997–1999) verfestigten in den 1990er Jahren das Bild von afrikanischen Staaten im Zustand der kompletten Auflösung.³²

Dabei sei gar nicht in Abrede gestellt, dass es in postkolonialen Staaten Afrikas in den letzten Jahrzehnten brutale Bürgerkriege und Anzeichen von Staatszerfall gegeben hat. Kennzeichen des Afro-Pessimismus ist es allerdings, dieses als *hauptsächliches* Merkmal Afrikas darzustellen, als einen Zustand, für den es keine Lösung gibt. Die Beteiligung westlicher Staaten, oft ehemaliger Kolonialmächte, an bewaffneten Konflikten wird weniger selten betrachtet. Ebenso wenig thematisiert wird das Erbe des Kalten Krieges, einer Zeit, in der afrikanische Staaten Schauplatz von Stellvertreterkriegen waren.³³ Auch heute tragen Ausrüstung, Ausbildung und Finanzierung westlicher Akteure zur Eskalation von Gewalt bei.

Ausgehend von dem oben beschriebenen, überaus negativen Bild afrikanischer Staatlichkeit ist vielleicht das Ausmaß privater und öffentlicher

30 Kaplan, »The coming anarchy«.

31 Vgl. Jones, »The global political economy of social crisis«.

32 Stearns, *Dancing in the Glory of Monsters*.

33 Für Einordnungen vgl. z.B. Schmidt, *Foreign Intervention in Africa after the Cold War*; Mamdani, *When Victims Become Killers*.

Investitionen dieser westlichen Akteure in die Militarisierung des Naturschutzes zu verstehen. Diese hat jedoch zahlreiche negative Folgen, weil hierdurch Menschenrechte ausgehebelt werden, weil tödlicher Gewalt den Vorrang vor anderen Handlungsoptionen zugewiesen wird, weil militärische Lösungen sogar aus Sicht des Naturschutzes kontraproduktive Folgen haben können.³⁴ Der Einsatz moderner Überwachungstechnologie in paramilitarisiertem Naturschutz, speziell auch den von Drohnen, beeinträchtigt die mentale Gesundheit, Privatsphäre und das Recht auf Datenschutz von betroffenen Menschen.³⁵

In Zusammenhang mit der Ausbreitung militärischer Gewalt gegen Wilderei in Afrika wird häufig die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren betont. Die bereits erwähnte Naturschutzorganisation African Parks organisiert 23 Schutzgebiete in 13 Ländern Afrikas, oft in Partnerschaft mit den nationalen Regierungen und nach eigenen Angaben auch unter Berücksichtigung der lokalen Gemeinschaften.³⁶ Dabei werden bewaffnete Patrouillen eingesetzt. Die Organisation erklärt selbst, sie sichere Parkgrenzen mithilfe von Zäunen, setze sich für Konfliktlösungen ein und trete vor allem für effektive Strafverfolgung gegen Wilderei ein.³⁷

»Where necessary, we secure park boundaries through fencing, mitigate conflict, and most importantly we implement stringent law enforcement and anti-poaching practices to alleviate the key threats and provide for safe, secure areas in which wildlife can thrive.«

Demgegenüber steht der Vorwurf, Ranger der Organisation haben in Verbindung mit dem Nationalpark Odzala-Kokoua massive Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Baka-Gemeinschaft in der Republik Kongo (Kongo-Brazzaville) verübt. Die Organisation ließ hierzu verlauten, sie bemühe sich um Aufklärung.³⁸ Auch der World Wide Fund for Nature als eine der weltweit wichtigsten global agierenden Naturschutzorganisationen wurde wieder und wieder für die Beteiligung an der Bewaffnung des Naturschutzes

34 Duffy u. a., »Why we must question the militarisation of conservation«.

35 Sandbrook, »The social implications of using drones for biodiversity conservation«. Eine Metakritik seiner und verwandter Argumente findet sich bei Fish und Richardson, »Drone power«.

36 African Parks, *The Decade to Make a Difference*.

37 African Parks, »Saving wildlife«.

38 Jones, »Charity linked to Prince Harry admits human rights abuses in Congo park«.

kritisiert. Eine Recherche aus dem Jahr 2019 beschreibt Beteiligungen an überfallartigen Razzien gegen Dorfbewohner:innen in Kamerun oder Verwicklung in Waffengeschäfte in der Zentralafrikanischen Republik. Zudem gibt es Anschuldigungen zu Verwicklungen des WWF in Menschenrechtsverletzungen außerhalb Afrikas, etwa in Nepal.³⁹

African Parks und WWF sind wichtige Beispiele, da beide erstens große Mengen von Spendengeldern einwerben und zweitens über prominente Fürsprecher:innen verfügen. Beim WWF ist es etwa Hollywood-Schauspieler Leonardo DiCaprio, bei African Parks der englische Royal Prince Harry, die als Botschafter der Organisationen auftreten. Die enge Beteiligung von finanzstarken internationalen NGOs wird gemeinhin als Ausdruck neoliberalen Naturschutzes gelesen, der hier seine gewalttätige Seite offenbart.⁴⁰ Bram Büscher und Robert Fletcher schreiben von »powerful political dynamics that render this violence very profitable, which in turn may intensify violence still further in a vicious spiral«⁴¹, sehen also starke politische Dynamiken, welche diese Gewalt sehr profitabel machen und dann im nächsten Schritt die Intensität der Gewalt in einem Teufelskreis weiter steigern.

Ein Gegenbeispiel zur These von der neoliberalen Militarisierung ist aber offenbar Tansania: Hier wurde die militärische Gewalt im Einsatz gegen Jagdwilderei in erster Linie von *staatlichen* Stellen koordiniert und ausgeübt. Im zweiten Kapitel wurde erörtert, wie stark die Tansania von der politischen Ökonomie des Tourismus geprägt war und ist. Der guyanische Intellektuelle Walter Rodney (1942–1980) stellte fest, dass schon Ende der 1960er Jahre der Tourismus für Tansania eine bedeutende Angelegenheit geworden war, und polemisierte: »(...) just as in Latin America there used to be ›Banana Republics‹, so international imperialism was threatening to transform Kenya, Uganda and Tanzania into ›Wildlife Republics‹«⁴²; ebenso wie es in Lateinamerika einst Bananenrepubliken gegeben hatte, drohte der internationale Imperialismus Kenia, Uganda und Tansania in Wildtierrepubliken zu verwandeln.

Vor dem Hintergrund der Krise der Wilderei auf Elefanten ist der umfangreiche Einsatz von paramilitärischer und militärischer Gewalt im Naturschutz

39 Lüdemann, »Das sind die Vorwürfe gegen den WWF«.

40 Vgl. Marijnen und Verweijen, »Selling green militarization«; Massé und Lunstrum, »Accumulation by securitization«.

41 Büscher und Fletcher, »Under pressure«, S.106.

42 Gestoßen bin ich auf das Zitat bei Sène, »Die Gewalt des Naturschutzes«.

in den 2010er Jahren in Tansania zu betrachten. Nach Angaben der internationalen Naturschutzvereinigung IUCN (*International Union for Conservation of Nature*) war der Bestand der Elefanten in Tansania innerhalb eines Jahrzehnts von 2006 bis 2016 um 60% zurückgegangen, vorrangig zuzuschreiben sei dies der Wilderei.⁴³ Am 4. Oktober 2013 eröffnete die Regierung des tansanischen Präsidenten Jakaya Kikwete (im Amt 2005–2015) eine großangelegte Operation namens *Tokomeza Ujangili* (»Wilderei ausmerzen«), bei der Ranger, Sicherheitskräfte und Militär koordiniert auftraten. Vorbild war *Operation Uhai* (»Leben«), eine ähnliche Kampagne zur Bekämpfung der Wilderei, die von 1989–1991 in Tansania durchgeführt worden war. Operation Tokomaza Ujangili nun wurde sehr schnell mit erheblichen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Staatliche Sicherheitskräfte verübten Folter und Morde. Nach bereits einem Monat wurde die Operation eingestellt. Vier Minister mussten in Folge ihren Hut nehmen.⁴⁴

Ende der 2010er Jahre war die Wilderei auf Afrikanische Savannenelefanten zurückgegangen und damit auch der Verlust des Bestands aufgehoben worden, wahrscheinlich eher aufgrund von Veränderungen der Nachfrage⁴⁵, und nicht wegen des Erfolgs von militärischen Einsätzen gegen Wilderei. Die Militarisierung des Naturschutzes aber setzt sich fort, finanziert durch westliche Spenderorganisationen und Regierungen, auch und gerade in Tansania. Naturschutzbehörden werden zunehmend aufgerüstet und zu paramilitärischen Einheiten umgebaut.⁴⁶ Der tansanische Geograf Mathew Bukhi Mabele sieht darin eine Form des *Rent-Seeking*-Verhaltens, also das Streben nach Einkommen ohne konkrete Gegenleistungen. Die Finanzierung des militarisierten Naturschutzes bringt hocharbeitende Einnahmen in den Staatsapparat, ohne dass es greifbare Ergebnisse für den Natur- und Artenschutz gibt.⁴⁷

Militarisierter Naturschutz oder bewaffnete Polizeieinsätze sind in diesem Kontext keineswegs immer als Ausdruck des Kampfes gegen die Jagdwilderei des organisierten Verbrechens zu beobachten; wie ja bereits gezeigt wurde, ist dieses eine bequeme und weitverbreitete Rechtfertigung von Gewalt. Vielmehr

43 IUCN, »Poaching behind worst African elephant losses in 25 years – IUCN report«.

44 Mabele, »Beyond forceful measures«; The Citizen, »4 ministers axed over ›Tokomeza Ujangili«.

45 Stokstad, »Elephant poaching falls dramatically in Africa«.

46 Mabele, »Beyond forceful measures«.

47 Persönliche Kommunikation, Witzenhausen, November 2025.

lassen sich Militarisierungstendenzen und Polizeigewalt auch dort beobachten, wo lokale Konflikte um Naturschutzgebiete (*people-park conflicts*)⁴⁸ auftreten, wo also die Interessen des Naturschutzes mit der Ressourcennutzungsstrategie der lokalen Bevölkerung in Gegensatz geraten.

Naturschutzkonflikte

Lokale Dispute um Naturschutz sind eine Form von sozial-ökologischen Konflikten. Der *Environmental Justice Atlas*⁴⁹ ist eine auf Initiative der Autonomen Universität Barcelona entstandene interaktive Datenbank, die Kämpfe um Umweltgerechtigkeit verzeichnet. Dort werden derzeit (2026) 167 Fälle von Konflikten um Biodiversitätsschutz aufgeführt. Eine Häufung dieser Konflikte ist dabei in Südasien, Zentral- und Ostafrika sowie in verschiedenen lateinamerikanischen Regionen zu sehen. Allerdings sind diese kartografisch verzeichneten Fälle eher nur die Spitze des Eisbergs, es hängt auch von der jeweiligen Konfliktdefinition ab, inwiefern ein lokaler Fall hier Eingang gefunden hat. Was der *Environmental Justice Atlas* verdeutlicht, ist aber folgendes: Konflikte um den Naturschutz sind ein verbreitetes Phänomen, und oft ist der Staat ein zentraler Akteur innerhalb der Konfliktkonstellation.

Nicht nur ist der Staat in einer besonderen Position, wenn es um Naturschutzkonflikte geht, er hat auch besondere Kapazitäten, über die andere Akteure unter Umständen nicht verfügen. Dazu gehören neben Gesetzen und Erlassen, die dem staatlichen Handeln Legitimität verleihen, das Wissen um Planung und Zonierung von Naturschutzgebieten sowie die Möglichkeit zur Lizenzierung von Jagd und anderen Nutzungsformen, sowie schließlich auch der Zugriff auf das staatliche Gewaltmonopol.

Naturschutzkonflikte haben vielfältige Ursachen. Sie können gerade dadurch motiviert sein, staatlichen Stellen gegenüber Unmut auszudrücken und deren Legitimität in Frage zu stellen. Taten, die oben als Wildtierkriminalität bezeichnet wurden, können andersherum auch als Akte des Widerstands gegen staatliche Naturschutzmaßnahmen verstanden werden.⁵⁰ Wenn Mitglieder lokaler Gemeinschaften offen oder verdeckt Regeln und Gesetze brechen, z. B. durch Aktivitäten wie Jagdwilderei, das Sammeln von Brennholz in

48 Glavovic, »Resolving people-park conflicts through negotiation«.

49 Temper u. a., »The global environmental justice atlas (E)Atlas«.

50 Vgl. Holmes, »Protection, politics and protest«; Mariki u. a., »Elephants over the cliff«.

Schutzgebieten, das Abbrennen von Wald oder die Sabotage von Wildhütern, so kann dieses in der Begrifflichkeit des amerikanischen Politikwissenschaftlers James Scott als Ausdruck des »alltäglichen Widerstands« gelten.⁵¹ Naturschutz wird dann zum Gegenstand einer *moralischen Ökonomie*, ein Konzept, unter dem Scott und andere Theoretiker:innen die unausgesprochenen Erwartungen und Verpflichtungen zwischen den Herrschenden und den Beherrschten verstehen.⁵² Wenn durch staatliche Eingriffe die Fähigkeit der Menschen berührt ist, für ihr eigenes Überleben zu sorgen, so ist die moralische Ökonomie betroffen. Etwa, wenn Viehnomaden immer mehr Weidegründe abgenommen werden, so wie im folgenden Fall.

Loliondo

In den vergangenen Jahren eskalierte im Norden Tansanias ein Konflikt, in dem es um die Einrichtung eines neuen Schutzgebiets geht. Schauplatz des Geschehens ist Loliondo. Loliondo ist ein Gebiet (*division*) im Bezirk Ngorongoro, das an die Ngorongoro Conservation Area (NCA), den Serengeti-Nationalpark und das kenianische Masai-Mara-Schutzgebiet grenzt. Es geht in dem Konflikt vordergründig um die Landrechte der Massai-Viehhalter und um die strikte Naturschutzpolitik der tansanischen Regierung, die auch gewalttätige Vertreibungen der Massai miteinschließt. Allerdings handelt es sich nicht um ein herkömmliches Naturschutzgebiet; vielmehr soll hier Berichten zufolge auf 1.500 Quadratkilometern Land eine Jagdkonzession entstehen, die Trophäenjagd für reiche ausländische Kunden erlaubt.⁵³ Die Konzession ist mit der privaten *Otterlo Business Company* (OBC) aus den Vereinigten Arabischen Emiraten verknüpft, die hier investiert. OBC ist bereits seit vielen Jahren, seit 1992, in Tansania mit der Organisation von touristischer Großwildjagd im Geschäft.⁵⁴

Die Massai sind, wie im zweiten Kapitel beschrieben, Leidtragende von immer neuen Wellen der Vertreibung im Namen des Naturschutzes. Bereits 1959 mussten die Massai die Serengeti verlassen, ihnen wurde hingegen die Beweidung und Siedlung im Bezirk Ngorongoro zugestanden. Dieses wurde

51 Scott, *Weapons of the Weak*.

52 Scott, *The Moral Economy of the Peasant*.

53 Ghai, »Fortress conservation: Tension in Tanzania's Loliondo«.

54 Gouverneur, »Massai in Tansania – Geschichte einer fortwährenden Vertreibung«. Woldemichel, »Othering pastoralists, state violence, and the remaking of boundaries«.

in den 1970er Jahren weiter beschränkt, als die Nutzung des Bodens des Ngo-rongoro-Kraters für Vieh und Landwirtschaft verboten wurde. Bereits 2009, 2013 und 2017 gab es Bestrebungen, die Massai in Loliondo des Schutzgebiets zu verweisen und damit loszuwerden. So wurde 2009 eine *Wildlife Conservation Area* (WCA) in Loliondo erklärt und mit der Vertreibung von Massai begonnen, hierbei wurden 200 Häuser der Massai in Brand gesetzt.⁵⁵ Das neue Schutzgebiet würde die Vertreibung von 70.000 Massai aus Loliondo zur Folge haben. Im Verlauf des Jahres wurden auch immer wieder Tiere beschlagnahmt; Viehhaltung ist die Lebensgrundlage der Massai und Verlust von Vieh darum ein erhebliches Armutsrisiko. Zudem wurden Berichten zufolge Zugänge zu Wasser- und Weideressourcen eingeschränkt. Schulen und Krankenstationen wurden nicht mehr finanziert, der mobile Gesundheitsdienst *Flying Medical Service* durfte das Gebiet nicht mehr anfliegen, um benötigte medizinische Hilfe zu leisten.⁵⁶

Vorläufiger Höhepunkt des aktuellen Konfliktes war einem Bericht der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* zufolge ein Zusammenstoß zwischen Massai und Sicherheitskräften der Regierung am 10. Juni 2022.⁵⁷ Angehörige verschiedener Regierungsbehörden – der Armee, der Polizei, Wildhüter der *Ngorongoro Conservation Area Authority* (NCAA) und der Nationalparkbehörde TANAPA – zerschlugen einen Protest in Loliondo. Dieser Protest hatte sich gegen die Ausweisung und Vermessung der neuen Jagdkonzession gerichtet, Massai hatten dabei Demarkationspfeiler aus Beton entfernt. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas und scharfe Munition ein und steckten Häuser an. Ein Polizist starb in den Unruhen, es kam zu Verhaftungen von 27 Personen, die später aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen wurden. Zahlreiche Protestteilnehmer:innen wurden verletzt. Etwa 2.000 Massai flohen aus Loliondo, teilweise zu Verwandten in Kenia. Hier ging es nicht mehr um Fragen des alltäglichen Widerstands oder der moralischen Ökonomie; es ist ein zutiefst politisierter Konflikt. So sei einem Bericht zufolge die Situation

55 Ndimbo und Haulle, »Please don't kill us; this is our ancestral land, we are not foreigners«; Tanzania-Network, »Themenwoche ›Die Vertreibungen der Maasai im Namen des Naturschutzes«.

56 Herre und Widdig, »Tansania: Vertreibungen der Maasai im Namen von Tourismus und Naturschutz«.

57 Amnesty International, »We Have Lost Everything«.

seit 2021 weiter eskaliert, seitdem die Präsidentin Samia Suluhu Hassan im Amt sei.⁵⁸

Die Vertreibung der Massai aus Loliondo und perspektivisch vielleicht aus der gesamten Ngorongoro Conservation Area folgt einer gewissen Logik, nämlich dem Argument, dass Bevölkerungswachstum und damit zusammenhängende Überweidung die ökologische Integrität des Schutzgebietes gefährdeten. Demgegenüber beanspruchen die Massai für sich, mit ihrer traditionellen Lebensweise Verantwortung für das Land zu übernehmen, nachhaltige Landnutzung zu gewährleisten und in friedlicher Koexistenz mit Wildtieren zu leben.⁵⁹

Die Diskriminierung der Massai und ihrer Lebensweise folgt einem bekannten Muster. In Afrika und anderen Erdteilen sind Wanderviehhalter:innen, sogenannte Pastoralist:innen, einem großen Ausmaß von staatlicher Gängelei und Entrechtung ausgesetzt.⁶⁰ Im Namen des Landschafts- und Naturschutzes wird ihnen der Zugang zu traditionellen Weidegründen verwehrt. Sie sind historisch betrachtet oft Ziel von halb-erzwungener Sesshaftigkeit. Wenn sie grenzüberschreitende Viehwanderungen unternehmen, wird ihre Staatsbürgerschaft angezweifelt. Vielerorts gibt es Konflikte zwischen Pastoralist:innen und Kleinbäuer:innen, wobei sich der Staatsapparat oft auf die Seite der letzteren stellt.⁶¹

Im Mittelpunkt der Debatte um Loliondo steht auch eine brisante Frage: Wer ist indigen? In der Rahmung von NGOs wie *Survival International* aus Großbritannien, des *World Rainforest Movement* aus Uruguay oder der in Göttingen ansässigen Gesellschaft für Bedrohte Völker (GfbV) handelt es sich um einen Konflikt von Staat gegen Indigene. Indigene Landrechte sind im Zusammenhang mit internationalen Abkommen wie der ILO-Konvention 169 und der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) besonders geschützt. Auch die UN-Konvention zur biologischen Vielfalt CBD erkennt die besondere Rolle von indigenen Gemeinschaften und von ihrem traditionellen Wissen beim Naturschutz an. Die Regierung Tansanias kontert das Argument: Die Massai seien gar kein indigenes Volk, denn das ganze Land kenne keine Indigenen, dementsprechend seien die Massai nur eine von 120

58 Gouverneur, »Massai in Tansania – Geschichte einer fortwährenden Vertreibung«.

59 Ndimbo und Haulle, »Please don't kill us; this is our ancestral land, we are not foreigners«.

60 Blench, »You Can't Go Home Again«.

61 Köpke, *The Political Ecology of Drylands*.

ethnischen Gruppen Tansanias. Dieses Argument wird wiederum mit Hinweis auf internationale Definitionen von Indigenität entkräftigt.⁶²

Im Falle der Vertreibung der Massai in Loliondo konnten die Betroffenen ein internationales Unterstützungsnetzwerk mobilisieren, die *Maasai International Solidarity Alliance* (MISA), das ihnen half, die Vorwürfe gegen die Regierung öffentlich zu machen. Auch in Deutschland gibt es zunehmende Unterstützung für die Massai in Form von Vorträgen und Informationsveranstaltungen. Gleichzeitig tritt im Zuge von Debatten um Postkolonialität auch die Frage nach deutscher Verantwortung auf. Die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika, die Rolle der Grzimeks bei der Ausgestaltung des Serengeti-Nationalparks werden hierbei thematisiert.⁶³ Bis heute wird die tansanische Naturschutzpolitik von deutschen Partnern unterstützt, so beklagt es MISA, von der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF), von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).⁶⁴ Der Konflikt um Loliondo findet große Aufmerksamkeit, ist aber bis dato alles andere als aufgelöst.

Es ist offensichtlich, dass Staatsgewalt und Naturschutz in einem immer engeren Zusammenhang stehen; das gilt insbesondere für afrikanische Länder, die von Versicherheitlichung und Militarisierung des Naturschutzes betroffen sind. Die sozialwissenschaftliche Forschung zu diesem Themenkomplex, insbesondere aus dem interdisziplinären Feld der politischen Ökologie, wächst seit einigen Jahren an Volumen und empirischer Tiefe. Dabei ist besonders die Begrifflichkeit des neoliberalen Naturschutzes im Zusammenhang mit staatlichen Gewalthandlungen zu nuancieren. Obgleich es etliche Hinweise zur Beteiligung von privaten Akteuren an Gewalthandlungen gibt, siehe das Beispiel African Parks, so ist doch der Staat in einer privilegierten Rolle, sein Gewaltmonopol in einer Weise einzusetzen, wie es die Naturschutzpolitik zu verlangen scheint. Zweifelsohne sind lobby- und finanzstarke internationale Naturschutzorganisationen daran beteiligt, politische Programme zu initiieren, die sich dann oft negativ auf Dorfbevölkerungen auswirken, insbesondere auf solche, die am Rande von Schutzgebieten leben. Die Gleichsetzung von Jagdwilderei mit Schwerverbrechen, verknüpft mit dem dringenden Aufruf, charismatische Tierarten vor der Ausrottung zu bewahren – dieses alles erzeugt Handlungsdruck auf Regierungen. Hinzu kommen die bereits diskutierten kolonialen Kontinuitäten. Dennoch sind

62 FIAN Deutschland e.V., »Debunking government claims«.

63 Ein guter Überblick findet sich bei Böhm, »Maasai und der Serengeti Nationalpark.«

64 MISA, »German involvement«.

polizeiliche Methoden, ist der Einsatz von physischer Gewalt nur einer von etlichen Werkzeugen, mit denen der Staat Naturschutzpolitik durch- und umsetzt, in Kooperation mit oder auch gegen andere Akteure. Darum soll es im nächsten Kapitel gehen.